



Denkzettel

GdP



Informationsdienst der GdP-Bezirksgruppe Berlin Direktion 4 (Südwest)

Gewalt gegen Polizisten im Fokus

GdP im Gespräch mit Vorsitzendem des Bundestagsinnenausschusses

Nummer

134/2015

13.11.2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die angesichts der Flüchtlingssituation hohe Belastung und der eklatante Personal-mangel der Polizei dominierten den ersten Meinungsaustausch zwischen dem neuen Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses, Ansgar Heveling, und dem stellv. Bundesvorsitzenden der GdP, Jörg Radek, in Berlin. Es gebe zurzeit kein Allheilmittel, sagte CDU-Politiker Heveling, der im September die Nachfolge seines Parteifreundes und langjährigen Amtsvorgängers Wolfgang Bosbach antrat. Dringlich seien koordinierte und abgestimmte Maßnahmen auf europäischer Ebene.

Heveling und Radek stimmten überein, dass die Personaldecke bei der Polizei deutlich zu kurz sei. Die Bundespolitik könne aber vor dem Hintergrund der Föderalismusreform in Sachen mehr Personal allenfalls eine Vorbildfunktion einnehmen, betonte der Unions-Innenexperte. GdP-Vize Radek bekräftigte die Kritik seiner Organisation, dass der Föderalismus einen Keil in die für die Polizei notwendige Besoldungsgleichheit treibe.

In dem etwa einstündigen Gespräch sagte Heveling zu, die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten nicht aus den Augen zu verlieren. Er stelle eine zunehmende Entgrenzung fest, da sei einfach mehr Aggressivität. Maßnahmen zur Eindämmung dieser fatalen Entwicklung müssten im Fokus der Politik bleiben. Es sei wichtig, trotz der momentan alles überragenden Flüchtlingsproblematik nicht andere Themen zu vergessen, so der 43-jährige Nordrhein-Westfale, der seit 2009 als Abgeordneter dem Deutschen Bundestag angehört.

Erörtert wurden zudem Instrumente zur Vorbeugung von Wohnungseinbruch-diebstählen. Jörg Radek appellierte an den Innenausschussvorsitzenden, sich dafür einzusetzen, den Bürgern Sicherungsmaßnahmen ihrer Wohnungen und Häuser spürbar zu erleichtern. Viele Einbruchversuche würden durch entsprechende technische Schutzvorrichtungen ins Leere laufen. Diese kosteten aber Geld. Denkbar seien dabei zinslose Kredite der staatlichen KfW-Bank, die steuerliche Absetzbarkeit von entsprechenden Bau-Materialien wie Fenster, Schlösser und Beschläge und die Verbesserung des Einbruchschutzes schon bei der Planung von Bauten.

Mit freundlichen Grüßen

Der Bezirksgruppenvorstand

**Wertschätzung für
Sicherheit und Ordnung.**